

des Fürstentums als Vollmitglied eingesetzt, so dass die Voraussetzungen für eine enge Kooperation gegeben waren. Neben der Schweiz pflegte Liechtenstein auch mit seinem zweiten Nachbarstaat, Österreich, stets enge Beziehungen innerhalb des Europarates. Neben den traditionellen Verbindungen spielen hierbei auch die persönlichen Beziehungen der liechtensteinischen Fürstenfamilie zum ehemaligen österreichischen Herrscherhaus eine wichtige Rolle. Die geographische Nähe, vor allem aber auch die sprachliche Verwandtschaft schliesslich lässt Liechtenstein auch zu Deutschland stets gute Kontakte pflegen.

Für San Marino hat sich die Frage nach dem wichtigsten Partner im Europarat ebenfalls nie wirklich gestellt: Umgeben von seinem einzigen Nachbarn, Italien, hatte sich die Aussenpolitik des kleinen Staates noch bis in die siebziger Jahre hinein praktisch auf die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen zur italienischen Republik beschränkt.

Islands Beziehungen zum ehemaligen Mutterland Dänemark waren zum Zeitpunkt des Beitrittes zum Europarat noch vielfältig und eng. Ähnlich verbunden fühlen sich die Isländer mit den anderen skandinavischen Staaten des Europarates, Norwegen und Schweden.

Etwas weniger geradlinig in der Frage der Wahl der Hauptpartner in Strassburg stellt sich die maltesische Politik dar. Mit der ehemaligen Kolonialmacht Grossbritannien pflegte Malta anfänglich intensive Beziehungen, ebenso wie mit Italien. Unter dem «Konfrontationskurs» der Regierung Mintoff isolierte sich die maltesische Regierung in Europa weitgehend, und es kam zu grossen Spannungen insbesondere im Verhältnis zu Grossbritannien. Mit der Normalisierung der Beziehungen nach dem Regierungswechsel im Jahre 1987 verbesserten sich auch die Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht schnell wieder, und auch die Bindungen an Italien als «nächstem Nachbarstaat» wurden wieder stärker.

Aussage 14

Durch die Mitarbeit von Kleinststaaten im Europarat wird ein grossstaatlich-einheitliches Denken innerhalb der Organisation vermieden. So existieren im Europarat nur wenige Anflüge von grossstaatlichem Präponderanzdenken, von Intoleranz gegenüber dem Kleinen und Schwachen.

Die gleichberechtigte Mitwirkung aller Kleinststaaten legitimiert den Europarat zudem als demokratische Organisation.